



Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 15 des Beiblattes der Breslauer Zeitung, „Schlesische Chronik“, ausgegeben. Inhalt: 1) Die Steinkohlenfeuerung. 2) Neujahrs-Wunsch eines schlesischen Landraths. 3) Schreibmaterialien. 4) Meteorologisches aus den Sudeten. 5) Korrespondenz: aus Reisse, Görlitz, Freistadt, Waldenburg, Brieg und Groß-Strehlitz. 6) Tagesgeschichte.

Bekanntmachung.

Vom 6. März bis zum ersten Oster-Feiertage, beide Tage mit eingerechnet, sind alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten untersagt.

Breslau, den 20. Februar 1839.

Königliches Gouvernement und Polizei-Präsidium.  
v. Strang. Heinke.

Inland.

Berlin, 19. Februar. Se. Maj. der König haben den bei der Inquisitorats-Deputation zu Jastrów des Land- und Stadtgerichts zu Deutsch-Krone angestellten Assessor Krieger zum Land- und Stadtgerichts-Rath zu ernennen geruht.

Der Königliche Hof legt morgen, den 20. Februar, die Trauer auf 8 Tage für Ihre Hoheit die vermittelte Fürstin von Thurn und Taxis an.

Abgereist: Der Oberpräsident der Provinz Posen, Stottwell, nach Posen. — Der bisherige Geschäftsträger Sr. Majestät des Königs der Belgier am hiesigen Hofe, Capitain Beaulieu, nach Dresden.

Die Epz. Stg. schreibt aus Berlin, 15. Februar: „Der Schritt des Hrn. v. Dunin, die Veröffentlichung der Aktenstücke durch die Münchener Zeitung, hat hier den Unwillen gegen denselben nicht wenig gesteigert. Der Hr. Erzbischof würde nach juristischer Ansicht schon deswegen in einen Prozeß verwickelt werden können; es scheint jedoch, daß man nach Berücksichtigung der Umstände seine Lage nicht weiter erschweren will. Eine lebhaftere Theilnahme erweckt hier die Schrift des Hrn. v. Ammon über die gemischten Ehen, welche mit gründlicher Gelehrsamkeit und Schärfe den Gegenstand behandelt und nachweist, wie weder die Apostel noch sämtliche Kirchenväter sich gegen die Ehen zwischen Christen und Heiden aufgelegt, sondern erst das Papstthum den engherzigen Begriff der Keckerei darauf erstreckt. Beherzigend ist es, was Hr. v. Ammon zum Schluß sagt, daß vor der Vernunft und Wahrheit unser Jahrhundert der ganze Begriff der Keckerei verschwinden müsse und die sogenannte gemischte Ehe ein wesentliches Erforderniß sei, um endlich alle finsternen Vorurtheile zu zerstören.“

Man meldet vom Rhein: Die neue Würzburger Zeitung hatte schon einmal preussische Aktenstücke veröffentlicht, in deren Besitz sie nur durch Diebstahl gelangt sein konnte; dieses Factum rechtfertigte völlig die Vermuthung, daß eine spätere Publikation anderer auch auf die kirchlichen Verhältnisse in Preußen sich bezüglicher Papiere durch ein gleiches Mittel möglich geworden sei. Sie hatte daher durch ein aufrichtiges Geständniß, wie sie zu diesen Aktenstücken gekommen, sich von der Anschulldigung, daß sie dieselbe habe stehlen lassen, zu reinigen. Jetzt legt sie nun auch dies Geständniß ab; aber wie? „die Macht für Sympathie, Wahrheit und Recht habe sie in den Besitz dieser Aktenstücke gesetzt.“ Aber bis jetzt ist es denn doch nirgends erhört, daß jene Macht lange Finger habe und das Privilegium, zu stehlen, besitze; Wahrheit und Recht wollen nie den Diebstahl in ihren Reihen haben. (L. A. Z.)

Aus Westphalen, 13. Febr. Wirklich ist jetzt der Befehl eingetroffen, unser (siebentes) Armeecorps mobil zu machen; gleich in den nächsten Tagen werden die Kriegesreserven sich versammeln. Eine Escadette nach der andern eilt vom Rheine her nach unserer Hauptstadt Münster; auch rechnet man auf den baldigen Durchzug norddeutscher Bundestruppen. Doch glaubt man hier im Allgemeinen nicht an Krieg, obgleich in den verschiedenen Städten unserer Provinz die höhern Offiziere sich reisefertig halten. Die Magazine

sind reichlich gefüllt, die Traindepots trefflich versehen und alle Kriegsapparate in bestem Stande. Auch die Volkseinstimmung ist die beste, nicht allein in dem protestantischen Drittel unsers Landes, sondern nicht minder in den katholischen Theilen. Selbst in Münster ist so wenig Enthusiasmus für das thörichte Widerstreben der Belgier, daß sich ein dortiger sehr reicher Bürger, im Fall eines Krieges, mit einigen Freunden zur Errichtung eines Freicorps erbieten hat. Ich füge noch hinzu, daß auch die Berufung der Landwehr seit einigen Tagen eingeleitet ist. Von der Rückkehr unsers Oberpräsidenten verlautet noch nichts. (L. A. Z.)

Die Elberfelder Zeitung theilt ein in dem belgischen Journal „Emancipation“ enthaltenen Korrespondenz-Artikel mit, welcher angeblich diesem Blatte aus Elberfeld eingesandt sein soll. Man möge aus dem albernen Inhalt urtheilen, wessen Geistes der Korrespondent ist. Das Schreiben lautet: „Elberfeld, 6. Febr. 1839. Die Mädele ist gefallen. Der Absolutismus bereitet sich, die geheiligten Rechte eines freien Volkes mit Füßen zu treten; währenddessen weber das freie England noch das edle Frankreich, welche doch das natürliche Gleichgewicht des europäischen Systems ausmachen, die Stimme gegen das vorbereitete Werk erheben. So belgisches Volk, nur auf dich selbst gestützt, stehst du allein da, hoffst nur auf dein Schwert. Einsam bist du, nicht alleine! Nur dann bist du verloren, wenn dein Herz im Augenblicke der Probe erbläst. Ja ich sage dies mit festem Vertrauen auf den Muth eines freien Volkes, ich versichere es vertrauensvoll auf dein Volk, auf den Eid deiner Repräsentanten, wenn du dich im Augenblicke der Probe würdig zeigst, so bringst du einen neuen Aufschwung in den Geist der Freiheit, einen ewig sich wiedergebärenden Geist, wie der Phönix aus seiner Asche! Belgisches Volk, du hast dich edel hingestellt. Kein Sklave, so tief er auch in den Staub gedrückt sei, der dich nicht insgeheim segne. Vertraue dir selbst, deinem Rechte, deiner Kraft, deiner Eintracht, und das Schwert deiner Feinde zerbricht vor deiner imposanten Attitude. Du bist nicht allein den Kampf zu führen, Tausende von Alliierten schließen sich dir beim ersten Schlage an. Schau um dich, was hast du zu fürchten, die Nationen sind für dich, nur die Fürsten sind deine Gegner. Würde Preußen es wagen, eine Landwehr gegen dich abzuschicken, welche ihm gefährlicher ist als ein feindliches Heer? Wer rücken die Hessen und Sachsen aus, welche zuerst in Deutschland eine Constitution sich zu garantiren gewußt haben? Betrachte sie nicht als deine Feinde. Wenn sich die Deutschen mit Liebe gegen den Westen wenden, erhebt sich die Sonne der Freiheit gleichzeitig als sie im Osten untergeht, unsere Herzen sind frei, wenn auch Ketten unsere Hände belasten. Belgisches Volk, die Nationen Europa's heften die Augen auf dich, täusche du nicht ihre Erwartung. Erscheine wie ein Stern am Firmament im Orkan, erscheine, du fuchst siegreich und von unsterblichem Glanze gekrönt!“

Deutschland.

München, 15. Februar. Noch sind es nicht acht Tage, seit die Sammlungen für das Institut der Schwestern vom guten Hirten ihren Anfang genommen, und bereits beträgt die Summe, ohne Einschluß der Kostbarkeiten, die von edeln Frauen für diesen heiligen Zweck großmüthig geopfert worden, 18000 Fl. Der Betrag der Sammlungen, die am Montage an den Thüren der St. Michaelskirche stattgefunden, ist nahe an 600 Fl. Beträchtliche Beiträge wurden

auch den Händen der edeln Frauen übergeben, welche das mühsame Geschäft des Sammelns in ihren Kreisen unternommen. (Münch. polit. Stg.)

Aus Baiern, im Februar. Das Kreis- und Stadtgericht zu B.... hat auf das Ansuchen eines sich dort befindenden israelitischen Rechtspraktikanten, welcher sein theoretisches Examen mit Auszeichnung bestanden hatte, bei dem vorgelegten Appellationsgerichte die Anfrage gestellt, ob genannter Praktikant zum Access gelassen werden könne. Letzteres Gericht legte dieses Ansuchen dem Justizministerium vor, und von dieser Behörde erfolgte die Abweisung mit dem Zusatze, daß künftig Se. Majestät mit solchen Anfragen nicht mehr behelligt sein wollen. Es ist zu bemerken, daß durch den Access keine weitere Anwartschaft erlangt werden kann, als das Recht der Supplikation um eine Advokatur, insofern unsere Constitution den Bekennern mosaischer Religion den Weg zum Staatsdienste versperret. Die Zulassung zur Advokatur wäre jedoch nach der Verfassung dem Israeliten nicht verweigert; wie wir denn in Fürth einen israelitischen Rechts-Anwalt besitzen, der, unter der Regierung des Königs Ludwig angestellt, durch seine Kenntnisse und seinen Charakter das Vertrauen seiner Mitbürger ohne Unterschied der Confession sich erworben hat. Indessen will unsere Regierung den Israeliten auch die Ausübung der Advokatur nicht mehr gestatten, weshalb denn sogar der Weg, darum nachzusuchen abgeschnitten wurde. (Israel. Ann.)

Leipzig, 15. Febr. Die hiesige allgemeine Zeitung enthält folgende Anzeige des Schiffsmaklers Lüdering, datirt aus Bremen vom 9. Febr. Nachricht aus Amerika. „Denen, die sich für Hrn. Pastor Stephan und dessen Reisegefährten interessieren, habe ich die angenehme Nachricht mitzutheilen, daß das Bremer Schiff Copernicus, womit der erste Zug der Gesellschaft im November v. J. sich hier einschiffte, am 31. December v. J. glücklich in Neworleans angekommen ist.“

Darmstadt, 14. Febr. Verhandlungen der zweiten Kammer der Stände in ihrer Sitzung vom 1. Febr. Die in dieser Sitzung durch den Präsidenten eröffnete Fortsetzung der Berathung über den Antrag des Abgeordneten Grobe, betreffend die Annahme eines Geschenkes von 18,000 Fl. von Seiten des nun pensionirten großh. hessischen geh. Staatsraths Dr. Knapp, in Beziehung auf eine Amtshandlung, verbreitete sich, wie in der vorhergegangenen Sitzung, zum Theil mit großer Lebhaftigkeit über diesen Gegenstand. Die Gallerien waren überfüllt mit Zuhörern, und die Debatten dauerten nochmals 6 Stunden lang. Das Resultat der vielfach motivirten Abstimmungen über den Gegenstand in der 33sten Sitzung vom 6. Februar, ist Folgendes: 1) Die Kammer verwirft den Antrag des Abgeordneten Grobe: in einer allerunterthänigsten Adresse an Se. K. Hoh. den Großherzog, Allerhöchstdemselben den Sach- und Rechtsverhalt dieser Angelegenheit allerunterthänigst vorzutragen zu wollen und Ihn zu bitten, den geeigneten gesetzlichen Weg zur Untersuchung und allenfallsigen Bestrafung des Hrn. Geh. Staats-Raths Knapp allergnädigst anzuordnen, — mit 37 gegen 8 Stimmen. 2) Sie tritt dem Antrage des Ausschusses: „daß gegen die Staatsregierung der Wunsch ausgesprochen werden möchte, in allen in dem Antrag des Ausschusses näher bezeichneten Fällen, jede Erlaubniß zur Annahme eines Geschenkes künftig verweigern zu wollen“ mit 35 gegen 10 Stimmen bei. 3) Sie verwirft den Antrag des Abg. Ludwig: Se. K. Hoh. den Großherzog ehrenbittigst zu ersuchen, den Geh. Staatsrath Knapp, sobald als es nur



immer geschehen könne, wieder zum activen Staatsdienst einzuberufen, mit 39 gegen 6 Stimmen.

Kassel, 16. Febr. Se. Hoheit der Karprinz und Mitregent haben geruht, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, von Lepel, die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste zu ertheilen.

Hannover, 16. Febr. Die am 29. Juni v. J. vertagte Allgemeine Stände-Versammlung ist in Folge des unter dem 7. v. Mts. erlassenen Königl. Befehls am gestrigen Tage wieder zusammengetreten. — Nach einer uns darüber zugegangenen Privat-Mittheilung wurden in der Sitzung der zweiten Kammer nachstehende Königl. Schreiben verlesen: 1) ein Schreiben vom 15. d. M., die Verfassungs-Angelegenheit des Königreichs betreffend (s. u.); 2) das Postskript 1 von demselben Tage, die Trennung der Königl. und der Landes-Kassen und die Wiederherstellung des Schatz-Kollegiums betreffend; 3) das Postskript 2 von demselben Tage, die Regulirung des Schulden-Wesens betreffend; 4) ein Königl. Schreiben von demselben Tage, die Kosten eines bei dem Königl. Ober-Appellations-Gerichte zu errichtenden Kriminal-Senats betreffend; 5) ein Königl. Schreiben von demselben Tage, die Veräußerung von Dotal-Grundstücken betreffend; 6) ein Königl. Schreiben von demselben Tage, die Beförderung der Pferdezeitung betreffend; 7) ein Königl. Schreiben von demselben Tage, die Bewilligung einer Pension für die Wittve weiland Landrathes von der Decken betreffend; 8) ein Königl. Schreiben vom 12. d. M., die ungesäumte Erledigung der Gesetz-Entwürfe über den Wild-, Fisch- und Diebstahl betreffend; so wie 9) ein Schreiben des Königl. Kabinetts von demselben Tage, die seit der Vertagung unter den Mitgliedern beider Kammern eingetretenen Veränderungen betreffend. — Der Deputirte der Stadt Hannover, Herr Stadtrichter Meper, reichte seine Resignation ein, und verließ die Versammlung. — Der Deputirte der Stadt Hameln, Herr Bürgermeister Koller, überreichte eine Eingabe des Wahl-Kollegiums dieser Stadt. — Es waren zu dieser gestrigen Sitzung erst 28 Mitglieder angekommen, weshalb keine weiteren Geschäfte vorgenommen werden konnten. — Auch zu der heutigen Sitzung, vom Sonnabend den 16. Februar, hatte sich die erforderliche Anzahl Mitglieder noch nicht eingefunden. — Die Mitglieder der ersten Kammer waren bereits in der gestrigen Sitzung in erforderlicher Anzahl anwesend. — Se. Königl. Majestät haben allergnädigst geruht, dem Ober-Stallmeister Grafen von Kielmansegg die in bereits vorgerücktem Alter erbetene Dienst-Entlassung, unter huldreicher Anerkennung der treuen und langjährigen Dienste desselben, und unter Beilegung einer Pension zu ertheilen. (Hann. Ztg.)

Die Hanoversche Zeitung enthält nachstehendes (oben ad 1 erwähnte) amtliches Dokument:

#### Proclamation,

betreffend die Verfassungs-Angelegenheit des Königreichs.

Ernst August, von Gottes Gnaden, König von Hannover, Königlich Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog von Braunschweig und Lüneburg u. c. Um Unsere getreuen Unterthanen über die Beweggründe Unserer Allerhöchsten Entschlüsse wegen der Verfassungs-Angelegenheit Unseres Königreichs nicht in Zweifel und Ungewissheit zu belassen, haben Wir Uns zu der nachstehenden öffentlichen Bekanntmachung in Gnaden bewogen gefunden. — Die rechtmäßige landständische Verfassung Unseres Königreichs war durch das Königl. Patent vom 7. Dezember 1819 geordnet, und am 29sten desselben Monats ins Leben getreten. — Die Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820, ein organisches Gesetz des Deutschen Bundes, diente dieser Verfassung zur Schutzwehr; denn dieses Gesetz bestimmt, daß die in anerkannter Wirklichkeit bestehenden landständischen Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden können. Die landständische Verfassung vom 7. Dezember 1819 hat im Laufe der Zeit und bis zum Jahre 1833 auf verfassungsmäßigem Wege eine Abänderung erlitten. — Die Umgestaltung vom 26. September 1833 aber ermangelte die verfassungsmäßige Form. — Vorbereitet war diese Umwandlung zwischen der Königl. Regierung und den Ständen des Königreichs im ordnungsmäßigen Wege des Vertrages, in Folge ausdrücklicher Erklärung und tatsächlichen Einverständnisses beider Theile. Zuerst in einer gemischten Kommission, dann in der Stände-Versammlung vom Jahre 1832 bis 1833. Die vortragsmäßige Verhandlung erstreckte sich bis zu dem ständischen Schreiben vom 18. März 1833. Neben diesem ward der landesherrliche Verfassungs-Entwurf mit Abänderungen zurückgereicht. Das Schreiben beantragte die Erlassung des neuen Grundgesetzes, aber unter der ausdrücklich beigefügten Voraussetzung, daß die beschlossenen Abänderungen des Königl. Genehmigungsfinden. Die Stände waren damals entfernt, für den entgegengegesetzten Fall, auf das ihnen gebührende weitere

Gehör zu verzichten, wie solches in einem ähnlichen Falle durch den Beschluß vom 30. April 1819 geschehen war. Nunmehr verließ die Regierung den verfassungsmäßigen Weg. Sie verworf einstimmig Anträge der Stände, und berief nicht weiter die landständische Versammlung, mit der allein diese Verhandlung zum verfassungsmäßigen Ergebnisse kommen konnte. Das Königl. Patent v. 26. Septbr. 1833 promulgirte die neue Verfassung. Diese Verfassung griff in sich zwölf in dem Patente berührte, mehr oder minder bedeutende Anordnungen, über die eine Vereinbarung mit den Ständen nicht stattgefunden hatte. Einer dieser Punkte (Nr. 12 des Patents, §. 149 des Grundgesetzes) enthielt eine den Anträgen der Stände nicht entsprechende Bestimmung über die verfassungsmäßige Mitwirkung der Landstände bei der Finanz-Verwaltung. Die bisherige intensive Kraft der Stände hinsichtlich dieses Rechtes ward durch diese Bestimmung geschwächt, und die angesprochene Befugniß-fortlaufender Beaufsichtigung hatten sie nicht erlangt. Der frühere Rechtszustand war durch Uebereinkunft zwischen Herren und Ständen geregelt. In ihm lag ein wesentlicher Theil der landständischen Befugnisse. Nach unzweifelhaftem altem Verfassungsrechte Unserer Staaten konnte das Bestehende in dieser Hinsicht auf gültige Weise nur durch beiderseitige vollständige Zustimmung anders geordnet werden. Eine bundesgesetzsmäßige Abänderung der landständischen Verfassung des Königreichs ist daher im Jahre 1833 nicht erfolgt. Die neue Verfassung und die nach solcher berufenen allgemeine Ständeversammlung stand nicht auf gesetzlichem Boden. Allerdings ist von dieser Versammlung am 17. Dezember 1833 eine Dank-Adresse in Beziehung auf das Staatsgrundgesetz vom 26. September desselben Jahres votirt worden. Diese Versammlung aber hatte nicht die Gewalt, eine Nichtigkeit zu heilen, der sie selbst unterlag. Wie groß oder gering die Verschiedenheit der Individuen und der Bedeutung zwischen der vorigen und dieser Versammlung gewesen, war ohne Gewicht. Der Rechtszustand der Corporation als solcher war durch den Rechtszustand ihres Entstehungsgrundes bedingt. Einer Versammlung, die einer nichtigen Verfassung ihr Dasein verdankt, vermag nicht die Kraft beizubehalten, jene nichtige Verfassung zu einer rechtsbeständigen zu erheben. Die Zustimmung der früheren, damals nicht mehr vorhandenen Versammlung allein konnte geeignet sein, dem Verfassungswerke rechtlichen Halt zu geben. So lange es an dieser Zustimmung ermangelte, fehlte dem neuen Entwurf in seinem ganzen Umfange für Herren u. Stände die rechtsverbindliche Geltung. Die selbstständige Befugniß-einstimmiger Loszählung ist von dem Begriffe absoluter Nichtigkeit nicht zu trennen. Parteirechte sind hier außer Frage. Es handelt sich nicht um einen Streit über die Grenzen des Rechtes der Krone und der Stände. Wir vereinigen in Uns vermöge erblichen Rechtes und nach Maßgabe des Art. 57 der Wiener Schluss-Acte die gesammte Staatsgewalt. Wir sind entfernt von jeder Absicht, wohlverordneten ständischen Befugnissen zu nahe zu treten. Aber es ist Unser erhabener Beruf, den Rechtszustand Unseres Königreichs zu überwachen und zu begründen. Eine im Principe ihrer Entstehung nichtige Verfassung konnte Unseren getreuen Unterthanen das zu ihrem dauernden Wohle unerlässliche Erforderniß der Rechtssicherheit niemals gewähren. Die Rückkehr zu den landständischen Verfassungsnormen, die Wir allein als auf gesetzlicher Grundlage beruhend, anzuerkennen vermochten, mußte daher Unser wichtigstes Geschäft sein, nachdem die göttliche Vorsehung die Regierung des Landes Unseren Händen anvertraut hatte. Wir haben hierdurch eigenes Recht und eigene Pflicht geübt. Neben diesem formellen Grunde der Nichtigkeit haben Wir in dem Inhalte der von Uns außer Kraft gesetzten Verfassung materielle Mängel angetroffen, die für sich allein Uns zur Abhilfe nicht minder berechtigten und verpflichteten. Diese waren unzweifelhafte Beeinträchtigungen Unserer agnatischen Rechte und Verletzungen des bundesgesetzlich ausgesprochenen Prinzips der Untheilbarkeit der höchsten Staatsgewalt. Die Unveräußerlichkeit der Rechte Unseres Durchl. Hauses an dem Kammergute beruht seit einer langen Reihe von Jahren auf der Autonomie der regierenden Häuser. Sie erstreckt sich namentlich auf spätern Erwerb. In dem Testamente Unseres Durchlauchtigsten Ahnherrn, des Kurfürsten Ernst August, vom 23. Oktober 1688 ist, in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl älterer Familien-Recessen, das Kammergut als immerwährendes Familien-Fideicommiss des Hauses bezeichnet. Jede Veräußerung von Kammergütern und Gerechtsamen erklärt solches für nichtig, ungültig und kraftlos, es sei die Einwilligung der Landstände hinzugekommen oder nicht. Eine solche Veräußerung, heißt es daselbst, solle ohne rechtliche Wirkung bleiben, und den Regierungs-Nachfolger weder in absteigender, noch in der Seitenlinie im geringsten verbinden. Der Stände-Versammlung Unseres Königreichs ist bis zu dem Jahre 1833 kein unmittelbarer Einfluß auf die Substanz und die Verwaltung des Kammergutes, noch ein Verfügungsrecht über dessen Einkünfte eingeräumt gewesen. Die Verfassungsurkunde vom Jahre 1833 verletzte diesen Rechtszustand in mehr wie in einer Hinsicht. Das gesammte Kammergut wurde in die Kategorie von Staatsgut gestellt, und einer umfassenden Kontrolle der Stände-Versammlung unterwor-

fen. Das agnatische Eigenthum an dem vorhandenen bedeutenden Familiengute wurde in der That Unserm Königl. Hause entzogen und auf den Staat übertragen. Die Verwendung der Einkünfte des Kammerguts zu Staatszwecken wurde dem Bewilligungsrechte der Stände-Versammlung überwiesen. Dem Landesherren verblieb statt der Dispositions-Befugniß über den Inbegriff der Kammer-Revenuen, lediglich eine solche über einen bestimmten Theil, eine Art Civilliste. Es ist nicht Unsere Absicht, der Landes-Verwaltung Summen zu entziehen, die, nach Bestreitung des landesmäßigen Bedarfs Unseres Königl. Hauses und Hofes, aus den Domänial-Einkünften zu solchen Zwecken verwendet werden können. Wir haben den ernstlichen Willen, die Last der öffentlichen Abgaben, so weit es thunlich ist, zu erleichtern, nicht aber diese zu vermehren. Diesen Willen haben Wir öffentlich ausgesprochen und durch die That bewiesen. Unserm Rechte und Unserm Gefühle aber würde es widerstreiten und zum dauernden Heile Unserer Unterthanen nicht gereichen, wenn Uns über die Kammer-Einkünfte die Verfügungs-Befugnisse entzogen wären, die Uns nach althergebrachtem Rechte nicht bestritten werden konnten, wenn Unserm Ermessen über die wohlthätige Art der Verwendung der Ueberschüsse zum Besten des Landes willkürliche Grenzen vorgezeichnet werden sollten, wenn endlich der Landesherren dem landständischen Zugeständnisse einen beliebigen Theil von Einnahmen zu verdanken hätte, den Gesamtheit, dem wahren Rechtsverhältnisse gemäß, nicht in den Bereich ständischer Bewilligungen gehörte. Die Nichtigkeit solcher Veräußerungen agnatischer Rechte für alle zukünftigen Zeiten liegt am Tage. Eine in staatsrechtliche Theorien einschlagende genaue Darlegung aller Bestimmungen des Grundgesetzes von 1833, die der monarchischen Gewalt Eintrag thaten, wollen Wir hier umgehen und nur Einiges berühren. Der schon erwähnte Art. 57 der Wiener Schlussakte enthielt diese bundesgesetzliche Norm: „die gesammte Staatsgewalt soll in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden. Gegen diesen Grundsatz stritt nach Unserer Ueberzeugung: der § 13 jener Verfassung, der die Deutung zuließ, daß das auf Geburt und Erbfolge beruhende Regierungs-Recht des Landesherren an eine fremde Bedingung geknüpft sein soll. Die §§ 85 und 92, die den Landständen eine in dem bestehenden Rechte nicht begründete übermäßige Theilnahme an der allgemeinen Landesgesetzgebung beilegte. Der § 140, dessen zweiter Satz in seiner unbestimmten Fassung den Landständen die Mittel darbot, auf die Organisation und auf das Personal der königlichen Dienerschaft, mithin auf Hoheits- und Verwaltungsrechte, einen vererblichen Einfluß zu gewinnen. Der § 151, der eine mit dem monarchischen Principe nicht vereinbare Spaltung der höchsten Staatsgewalt zwischen dem Landesherren und seinen Ministern begründete. Endlich der §. 163, der die Unabhängigkeit des Richterstandes in Unserm Königreiche auf die Mehrzahl der königlichen Verwaltungsbeamten erstreckte, und demnach eine Lähmung der Kraft der Landes-Verwaltung mit sich führte. Wie in der Verletzung Unserer agnatischen Rechte hinsichtlich des Kammergutes, so in den Zersplitterungen der monarchischen Gewalt haben Wir nicht Gegenstände einer Unterhandlung zu erkennen vermocht, über die ein theilweises Nachgeben von beiden Seiten zu einer gedeihlichen Ausgleichung führen könne. Ein großer Theil jener Bestimmungen gestattete dergleichen nicht. Das Landes- und das Bundes-Staatsrecht erlaubte Uns, diese nur aus dem Gesichtspunkte materieller Nichtigkeit aufzufassen. Hätte die Nichtigkeit der Form nicht schon den ganzen Inbegriff der Verfassung vom 26. September 1833 umgestoßen, so würde auch in jeder andern Beziehung die Geschichte der Entstehung jenes Werkes die rechtliche Möglichkeit einer theilweisen Beibehaltung ausgeschlossen haben. Am wenigsten wäre es zu rechtfertigen gewesen, die der Regierung anstößigen Bestimmungen einseitig auszuschneiden und den übrig bleibenden Rest als gegenseitig verbindliche Norm beizubehalten. Die gesammten Verhandlungen, die der Publikation des Grundgesetzes vorausgegangen, sowohl in der vorgängigen gemischten Kommission der Jahre 1831 und 1832, als in der darauf folgenden Stände-Versammlung bieten eine solche Verkettung von gegenseitigen Anforderungen, Ablehnungen und Zugeständnissen, von Bedingungen und Folgerungen, von Vorbehalten und Verzichten unter beiden Kammern, wie unter den Organen der Regierung und den Wortführern der Volkspartei dar, daß die Verfassung, die aus diesen Verhandlungen hervorgegangen, nicht anders, als wie ein untrennbares Ganzes angesehen werden konnte. Auf solche Weise ist sie bei ihrer Errichtung von der Regierung wie von den Ständen betrachtet und behandelt worden. Den Beweis enthält, so viel die Regierung betrifft, das Königl. Reskript vom 11ten Mai 1832 in den Worten: „Es wird den Ständen nicht entgehen, daß mehrere der von Uns bestimmt vorgeschriebenen oder doch für zweckmäßig erachteten Anordnungen in genauer Verbindung mit einander stehen und sich gegenseitig bedingen. Sofern ein oder der andere Punkt



der letzteren Art, auf welchen wir ein besonderes Gewicht legen, keinen Eingang finden sollte, müssen wir also unsere endliche Entscheidung im Allgemeinen wie über einzelne Theile desselben damit ausdrücklich vorbehalten. Und von den Ständen ist im Einverständnis beider Kammern die Sache also behandelt, daß die Bestimmungen über die einzelnen Theile und Kapitel nicht als verbindliche Beschlüsse angesehen wurden, bevor am Ende der Berathung die Abstimmung über das Ganze eintreten war. Auch sind bei der letzteren Erklärungen zu Protokoll gegeben worden, des Inhaltes, daß man lediglich dem Vortheilen, die das Ganze darbiete, entschiedene und nicht erzielte Dissense im Einzelnen zum Opfer bringen wolle. Ein auf diese Weise errichtetes Verfassungs-Gesetz ließ im guten Glauben keine Zerstückelung zu. Es galt daher nicht, zu prüfen, ob und in wie weit der Inhalt eine Aneinanderreihung des Nichtigen gestatte. Aber auch hier wäre man auf unübersteigliche Schwierigkeiten gestoßen. Mit dem Hinwegfallen einer oder der anderen irgend erheblichen Disposition wurde einer Reihe anderer die vertragsmäßige Grundlage entzogen. So war namentlich auf die Bestimmung der sogenannten Kron-Dotation oder Evidente, auf die Ueberweisung der sämtlichen anderen Einkünfte des Kammergutes zu der Verwilligung der Stände das ganze, mit den Ständen pactirte Finanz-System gebaut. Die Nichtigkeit dieser Anordnung beraubte das System selbst der Bedeutung und des festen Bestandes. Den notwendigen Fall nichtiger Stützen konnte das Verfassungswerk nicht überdauern. Regierungshandlungen, die in sich nichtig sind, verbinden keinen Nachfolger in der Herrschaft. Persönlich übernommene Verpflichtung allein vermag das Recht der Abhülfe zu beschränken. Ein Accessionsakt zu der Verfassung Unseres Königreiches vom 26. Sept. 1833 ist aber jederzeit von Uns abgelehnt worden. Von dieser Seite in der Aufrechterhaltung des älteren Rechtes gegen dessen Verletzung, die wir als nichtig anerkennen, durch Nichts gehindert, konnte nur der Weg hierzu Gegenstand Unserer landesväterlichen Erwägung sein. Unzulässig war jeder Versuch, die in der ungültigen Verfassung vorgeschriebene Form dazu zu benutzen, den wahren Rechtszustand herzustellen. Denn durch Nichtiges kann etwas Gültiges und zu Recht Beständiges nicht erzielt werden. Jede wirksame vertragsmäßige Verhandlung setzt vorgültige Legitimation der verhandelnden Theile voraus. Hier aber ermangelte es an einer auf gesetzlichen Grunde beruhenden Ständeverammlung. Sie hätte ihre Kompetenz aus dem Rechtsbestande einer nichtigen Verfassung ableiten müssen. Der richtige staatsrechtliche Gesichtspunkt bot demnach ein unübersteigliches Hinderniß dar. Es kam wenig in Betracht, daß die Wiederherstellung der verletzten monarchischen Integrität durch Nichts gesichert war, einer ständischen Versammlung gegenüber, deren Vertretungs-Befugniß auf der Bedingung der vorgängig von Uns erfolgten Anerkennung des Rechtsbestandes jener Verletzungen nothwendig beruhen hätte. Die Möglichkeit der günstigsten Vereinbarung blieb ohne erheblichen Werth, denn der ursprüngliche Fehler der ständischen Kompetenz trug in sich den Mangel jeder sichern Garantie für zukünftige Zeiten. Eine solche konnte nur die einfache Rückkehr zu dem auf bundesgesetzliche Weise nie aufgehobenen Rechte gewähren. Zu einer landesherrlichen Aufforderung der Dazwischenkunft des Deutschen Bundes fehlte das Rechtsfundament. Schon in den Staatsverhandlungen des Jahres 1819 hatte sich die Absicht ausgesprochen, der Einwirkung des Bundes auf Abänderung der landständischen Verfassungen im Einzelnen vorzubeugen. So wenig die Bundesakte, wie die Wiener Schlussakte bietet eine gesetzliche Bestimmung dar, auf die ein solcher Antrag hätte gestützt werden mögen. Die Artikel 60 und 61 der Schlussakte schließen die Vermittelung des Bundes völlig aus. Der Artikel 55 aber überläßt die Anordnung der landständischen Verfassungen, als eine innere Angelegenheit, im Allgemeinen den souverainen Fürsten der Bundesstaaten, unter Berücksichtigung sowohl der frühherin bestehenden ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse. Ueber die Mittel der Wiederherstellung der auf nichtige und bundesgesetzwidrige Weise unterbrochenen Wirksamkeit einer landständischen Verfassung, die unter dem Schutze der Wiener Schlussakte bestanden hat, schweigt die Gesetzgebung. In einem nichtigen Verfassungswerke würde man solche Mittel, wie wir oben bemerkt, vergeblich suchen. Eine Selbstfolge solcher Nichtigkeit ist die Rückkehr zum alten Rechte. — Wir haben demnach in Folge reifer Erwägung keinen Anstand nehmen dürfen, die nach unserer gewissenhaften Ueberzeugung unerlässliche Maßregel vermöge Eigener Allerhöchster Machtvollkommenheit zu ergreifen. Dies sind die Thatfachen und Rechtsansichten, die der Erlassung Unseres Patents vom 1. November 1837 zum Grunde gelegen haben. Indem wir solche hierdurch zur öffentlichen Kunde gefangen lassen, fügen wir den unter dem heutigen Tage von Uns vollzogenen Erlass an die allgemeine Ständeverammlung bei, damit Unseren getreuen Unterthanen allenthalben offen vor Augen liege, worauf Unsere landesväterlichen Absichten gerichtet sind. Diese Unsere Proclamation soll in die erste Abtheilung der Gesetzsammlung aufgenommen werden. — Gegeben Han-

nover, den 16. Febr. 1839. — Ernst August. — G. Frh. v. Schell.

Unsere heutige Zeitung bemüht sich, eine Reihe von Correspondenz-Artikeln über hannoversche Angelegenheiten, die in Hamburger und Leipziger Blättern, so wie zum Theil in der Elberf. Ztg. zuerst erschienen sind, mit der Vorbemerkung zu widerlegen, daß jene Mittheilungen zum Theil durchaus erdichtet seien, zum Theil eine gehässige Entstellung der Thatfachen enthielten, und deren offene Absicht es sei, übeln Eindruck gegen unsere Regierung hervorzurufen und Aufreizung in unserm Lande zu erzeugen. Sie führt alsdann die Belege zu dieser Behauptung an, und bemerkt am Schlusse: „So sehr wir die freie Ueberzeugung anderer Blätter ehren, wenn sie auch von der unsrigen abweicht, so tief müssen wir doch bedauern, daß die öffentliche Presse zur Verbreitung solcher gehässigen Unwahrheiten sich mißbrauchen lasse. Es ist dies der besseren deutschen Zeitungen durchaus unwürdig, und ist auf die Dauer unschätzbare der Weg, die moralische Macht, welche die öffentliche Presse sich erworben hat, in Grund und Boden zu vernichten.“

Mannheim, 9. Februar. Von den früher hier für die Göttinger Professoren gezeichneten Geldern sind diese Woche 800 Gulden an ihre Bestimmung abgegangen, und eine noch größere Summe wird in der nächsten Zeit nachfolgen.

### Großbritannien.

London, 13. Februar. Die Königin soll dem Grafen Durham in einem sehr schmeichelhaften Handschreiben für den von ihm entworfenen Bericht über die Kanadischen Angelegenheiten gedankt haben. Die Königin konnte wohl nicht umhin, die in der That meisterhafte Abfassung dieses Berichts und den außerordentlichen Fleiß anzuerkennen, welchen Graf Durham auf die genaue Erforschung aller Beschwergünde in jenen Colonien und auf die klare Auseinandersetzung ihrer Lage und der ihm angemessenen erscheinenden Abhülfmittel verwendet hat. Daß die Verfertigung Lord Glenelg's deshalb geschehen ist, weil die Minister sich dem Grafen Durham wieder zu nähern wünschen, wird allgemein behauptet, und es wurde sogar anfangs die Meinung geäußert, man werde dem Grafen selbst diese Stelle anbieten. Aber dies fand wenig Glauben, da man dem Premier-Minister, Lord Melbourne eine nicht geringe Eifersucht auf den Ex-Gouverneur von Kanada zuschreibt und man letzteren auch nicht für den Mann hält, der sich mit einer untergeordneten Stellung im Cabinet lange begnügen würde. Aus den Depeschen, welche dem Parlamente mit dem Berichte Lord Durhams über die Kanadischen Angelegenheiten vorgelegt worden, ersieht man, daß die Regierung demselben durch Lord Glenelg einen hohen Tadel wegen seiner bekannten, unterm 9. October an die Kanadier gerichteten Proclamation hat zugehen lassen. Unter diesen Umständen, war hinzugefügt, seien die Minister beauftragt, ihm das Mißfallen der Königin zu erkennen zu geben und ihm anzuzeigen, daß es sich mit der Wohlfahrt der Colonie nicht vertrage, ihn länger auf seinem Posten zu lassen. Dieser den Grafen Durham persönlich betreffende Punkt der Kanadischen Angelegenheiten dürfte wohl im Parlamente zu besonders wichtigen Debatten Anlaß geben, weil es sich dabei um die Entscheidung des künftigen Verhältnisses zwischen den Ministern und Lord Durham handelt wird.

Lord Melbourne hat im Oberhause dieser Tage angezeigt, daß Mehmed Ali dem zwischen England und der Pforte abgeschlossenen Handels-Traktat beigetreten sei.

Da binnen kurzem dem Parlamente ein Plan zu einer besseren Erziehung und Unterricht der Jugend vorgelegt werden wird, so dürfte es nicht uninteressant sein, die Meinung eines Londoner Correspondenten der Allg. Ausg. Ztg. über diesen Gegenstand zu hören. Er läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Die englische Hofkirche unterlagte absolut alle Volkserziehung. Der Korbmacher und Quaker Lancaster war der erste, welcher etwas für Volkserziehung that. Seine Ideen fanden Unterstützung bei Whitbread, Bentham, James Mill und Andern, und so entwickelte sich daraus allmählich die British- und Foreign School-Society, welche überall Schulen gründete. Erst als die Gesellschaft im Gedeihen war, regte sich die Kirche, und stellte jener die National-School-Society gegenüber. Daß die Kirche sich von den Dissenters und Infidels die Volkserziehung nicht ganz aus den Händen reißen lassen wollte, begreift sich, aber daß man die Bibel in Alles und Alles einmischte, ist schwer zu rechtfertigen. Von den A.-B.-C.-Büchern und Lesefibeln, in denen man alle Worte aus der Bibel nahm, nicht zu reden, will ich mich vor der Hand bloß an den Rechnungskatechismus halten, in dem alle Rechnungserempel aus der Bibel genommen sind. Einige mögen als Probe für alle andern dienen. „Mecha war ein Schafmeister und stellte dem Könige von Israel 100,000 Schafe. Schreib die Zahl nieder.“ Für die Addition: „Von Jacobs vier Weibern hatte Leah sechs Söhne, Rachel zwei. Billa hatte zwei und Zilla hatte auch zwei. Wie viel Söhne

hatte Jacob?“ Für die Subtraction: „Das Evangelium Lucas hatte 24 Kapitel und die Apostelgeschichte 28. Wie viel ist der Unterschied zwischen beiden?“ Für die Multiplikation: „Als Moses das Tabernakel einweihte, brachten die zwölf Fürsten Israels Gott dar, jeder zwei Ochsen, fünf Widder, fünf Geissen und fünf Lämmer. Wie viel Ochsen brachten sie dar? Wie viel Widder? Wie viel Geissen und Lämmer zusammen? Und wie viel Thiere überhaupt?“ Für die Division: „Unser Herr rief seine zwölf Apostel zu sich und sandte sie aus je zwei und zwei. Wie viele Parteien von Aposteln wurden ausgesandt?“ So treibt man es mit Allem und Jeglichem. Der Uebelstand ist ganz kurz dieser: die Bibel, welche der Menschheit zum Troste gegeben ward, hat die anglicanische Kirche zu einem Gefängnisse gemacht, in dem man den ganzen Menschen einsperret. Ist denn die Welt nicht auch eine Offenbarung Gottes? Und soll die Bibel dazu dienen, daß man dem Menschen alle fünf Sinne, die ihm doch Gott auch gegeben, zupstopft? Und heißt das Achtung für das Wort Gottes zeigen, wenn man damit Nachtmühe und allen Hausrathplunder ausfüllt? Der katholischen Kirche ist es nie eingefallen, auf diese kleinliche Weise zu Werke zu gehen. So viel für diesen Punkt, und nun zu einem zweiten. Zum Behufe des Volksunterrichts überhaupt gründet man das Pfenningmagazin. Sobald dies im Gedeihen war, setzte ihm die Kirche das Saturday-Magazine entgegen. Das letztere, läßt sich nicht läugnen, war in einem wissenschaftlichen Geiste geschrieben, aber hier trieb man die Mischung von Heiligem und Profanem noch viel bunter. ... Das ist eben das Schlimme der englischen Kirche, daß sie alle geistige Einheit verloren hat: die ganze Religion besteht aus 39 Stücken oder Paragraphen, und in Stücken hängt man sie an alles an, was einem durch Zufall in die Hände läuft. Die beiden Schulgesellschaften, welche oben erwähnt wurden, thaten eigentlich eine so wenig als die andere etwas für guten Schulunterricht, und so gründete man, vor kaum mehr als Jahresfrist, die Central-School-Society unter dem Präsidium von Lord Denman. Diese Gesellschaft arbeitet ganz nach deutschen Grundsätzen, und diese nämliche Gesellschaft ist in dem innigsten Zusammenhange mit der Poor-Law-Board. In Norwood hat die letztere bereits schon eine Musterschule angelegt. Die Kinder der meisten Armenanstalten von London werden auf dem Lande erzogen, und nach Norwood geschickt, wo gegenwärtig ungefähr 900 zusammen sein mögen. Dr. Kay, ein Assistent-Commissioner der Poor-law-board, legte nun dem Eigenthümer Ardwin an, welcher die Anstalt bloß aus Spekulation betreibt, neue Lehrer anzustellen. Dies ist geschehen. Nicht allein der eigentliche Schulunterricht wird tüchtig betrieben, sondern auch Zeichnen, Musik u. Die Schneiderei und Schuhmacherei wird gelehrt, und andere Handwerke sollen kommen. Gymnastische Übungen bilden den Körper. Es war mir ein interessanter Anblick, als ich vor wenigen Wochen in den Hof trat, wie gerade die Jungen an einem großen Mastbaum mit Tauwerk wie die Raben herumkletterten, um den Matrosendienst zu lernen; und im Hause traf ich in einer Stube dreißig Mädchen von 10—14 Jahren, welche an einer langen, mit Abtheilungen versehenen Krippe standen, und die ganze Wäsche des Hauses in Ordnung brachten; in einem andern Zimmer traf ich eine zweite Abtheilung, welche glätteten und bügelten. Kurz, die Mädchen werden zu allen Haushaltungsdienssten angehalten, und förmlich zu Mägden gebildet, während die Jungen den Matrosendienst und Handwerke lernen müssen. Die Regierung oder das Parlament giebt jährlich 20,000 Pfd. St. noch zur Beförderung des Unterrichts, welche bis jetzt an die beiden oft erwähnten Gesellschaften, British- und National-School-Societies, vertheilt wurden; diese Summe verlangt nun die Central-Society für Bildung einer Normalschule, und diese Normalschule solle unter Leitung der Poor-Law-Board stehen. Das Ministerium hat die Kirche nun gewarnt, und Spring-Rice sagte vor wenigen Wochen ausdrücklich zum Bischof von London: „Wir wollen sehen, was die Kirche für Erziehung thun will. Wenn sie nichts thut, so lassen wir der Central-Society und der Poor-Law-Board freie Hand.“

### Frankreich.

Paris, 14. Febr. Briefe aus der Havannah melden die daselbst erfolgte Ankunft des Prinzen von Joinville. Derselben Briefe zeigen an, daß das prachtvolle Dampfschiff „le Veloce“ kürzlich in den Hafen von Havannah eingelaufen, und daselbst eine Beute der Flammen geworden sei.

Der vormalige Deputirte, Herr Cabot, der vor 5 Jahren wegen eines Pressvergehens zu zweijährigem Gefängnis verurtheilt wurde, wird in zwei Monaten nach Frankreich zurückkehren, da nach Ablauf dieser Zeit gesetzlich keine gerichtliche Verfolgung weiter gegen ihn stattfinden kann.

Der Handelsminister hat nachstehendes Schreiben an die Handels-Kammer von Havre gerichtet: „Paris 11. Febr. Meine Herren. Ich muß Sie benachrichtigen, daß nach einem, mir heute zugegangenen Schreiben des Vice-Admiral Baudin die Mexikanische Regierung Kaperbriefe ausgegeben zu ha-



ben scheint, um unsere Handels-Schiffe aufzubringen. Die Französischen Rheber und Kaufleute müssen davon in Kenntniß gesetzt werden, um auf ihrer Hut zu sein. Der See-Minister benachrichtigt mich zu gleicher Zeit, daß er Anstalten trifft, um die Französischen Schiffe so wirksam als möglich gegen die Amerikanischen Korfaren zu beschützen. Es werden, wenn es nöthig sein sollten, Convois organisiert werden, um die Fahrt der von Frankreich nach Amerika bestimmten Schiffe zu sichern. Dazu muß aber der See-Minister genau von den abzufendenden Schiffen in Kenntniß gesetzt werden, und ich ersuche Sie zu veranlassen, daß ihm die nöthigen Benachrichtigungen regelmäßig zugehen. (gez.) Martin.“ — Die Zahl der von der Amerikanischen Regierung ausgegebenen Kapaz-Briefe soll sich auf 100 belaufen.

Der General Jacqueminot ist nach Paris zurückgekehrt und hat sich an die Spitze der Kommission der 221 gestellt.

Ein Pariser Korrespondent schreibt. An Krieg glaubt hier Niemand, nämlich an materiellen Krieg; dagegen ist der intellektuelle in vollem Zuge; seit 1830 waren die Köpfe nicht erbhüht, nämlich die Köpfe der parlamentarischen Streiter, denn das Volk nimmt gar nicht Theil an der Aufregung; die Nachrichten aus Belgien liest man mit einer Gleichgültigkeit, als kämen sie aus Montenegro. — Ein auffallendes Symptom dieses apathischen Zustandes finden wir im neuesten National. Der Vortan der republikanischen Partei bricht wohl eine Lanze — aber mit wem? Man wird es schwerlich errathen; mit dem heiligen Vater, mit Papst Gregor XVI. — Und worüber? Weil Monsignore Fornari zu Brüssel vom Kriege abträt. „Die Haltung des päpstlichen Nuntius bei dem König Leopold bildet einen für den römischen Hof verdrüsslichen Kontrast zu dem patriotischen Auftreten des belgischen Clerus. Während der Erzbischof von Mecheln und die meisten Pfarrer sich der Widerstandspartei edel anschließen, verdoppelt der römische Geschäftsträger seine Anstrengung, um der Partei der Schwäche das Uebergewicht zu verschaffen.“ Möglicherweise, daß Monsignore Fornari Instruktion hat, seinen Einfluß im Sinn der Bischöfe der fünf Mächte zu brauchen; — begreiflich, daß der National das übel nimmt; — aber nun die Folgerung? Man wird staunen und am Scharfblick des National irre werden. Ein solches Verfahren in einem so entscheidenden Momente, muß verhängnißvoller (unheilbringender) für den heiligen Stuhl werden, als es Luther's Reformation und die kühnen Angriffe des 18ten Jahrhunderts gewesen sind.“ Man kann sich den Gehalt eines von solchen Prämissen ausgehenden Raisonnements leicht denken. Der National beklagt wehmüthig, daß der römische Stuhl sich die gute Gelegenheit entgehen lasse, die Papstgewalt in dem Geiste der Völker zu rehabilitiren, als wozu es nichts weiter bedürfte, als daß er zu Gunsten der von der Weichsel bis zum St. Lorenzstrom verfolgten Katholiken intervenire. Am Schlusse des in seiner Art originellen Artikels spricht der National die Hoffnung aus, der belgische und der preussische Clerus werde mehr auf die Stimme der Erzbischöfe von Mecheln und Köln hören, als auf die des Monsignore Fornari; den Papst aber, als der sich nicht an die Spitze eines Kreuzzuges für die Freiheit stellen wolle, müsse man seinem Schicksale überlassen.

Die Oppositionsblätter scheinen besonders über die Verbreitung der ministeriellen Zeitungen sehr erbittert zu sein. Der Messager sagt: „Viele Wähler in den Departements, denen ministerielle Zeitungen stößweise in das Haus geschickt wurden, haben dieselben an die Postbehörden oder Beamten zurückgesandt und dazu bemerkt, sie verbäten sich dergleichen Zusendungen, welche aus den geheimen Fonds, also dem Beutel der Steuerpflichtigen, bestritten würden.“ — Das Journal des Ecoles, ein von Studenten redigirtes Blatt, sagt: „Es ist eine auffallende Erscheinung, daß in unseren Kaffeehäusern und Estaminets plötzlich auf jedem Tische die „Presse“ zu finden ist, welche man früher dort niemals sah. Das Ministerium hat ein vorzügliches Mittel ausfindig gemacht, um den Ostracismus, mit welchem dieses Blatt in dem gelehrten Stadtviertel (Quartier Latin) belegt ist, unschädlich zu machen. Es schickt das Blatt Jedem unentgeltlich zu.“ Der Constitutionnel sagt: „Heute sind die ministeriellen Zeitungen jede zu 100,000 Exemplaren abgezogen worden. Die Mallesposten brechen fast zusammen unter dem Gewichte jener Sendungen, welche in alle Welt befördert werden.“

### Spanien.

Madrid, 4. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer zeigte der Kriegs-Minister, General Alair\*) an, daß er seit der Ankunft des Herrn Perez de Castro aufgehört habe, die Funktionen des Conseils-Präsidenten zu erfüllen. — Die in der letzten Zeit stattgehabte Verbesserung in dem Stande

der Spanischen Papiere wird verschiedenen Ursachen zugeschrieben. Man betrachtet die wohlwollenden Gesinnungen Englands und Oesterreichs gegen die Königin als ein gutes Omen für die Sache derselben. — Es ist in und um Madrid so viel Schnee gefallen, daß die Wege kaum zu passiren sind.

### Belgien.

Brüssel, 3. Februar. Das Gerücht geht in der Stadt, Graf Appon, Botschafter Oesterreichs beim Kabinett der Tuilerien, habe dem Grafen Lehon, unserm Gesandten beim nämlichen Kabinett, eine Note übergeben lassen, worin die Auslieferung des Generals Skrzynski verlangt wird. Man fügt hinzu, Graf Mole habe diese Forderung unterstützt.

Als Probe der hiesigen poetisch-patriotischen Begeisterung diene folgendes (nach der Elberfelder Ztg. abgedrucktes) Lied, das jetzt hier gesungen wird:

Ille bien, jeunes soldats — Dont la patrie est fière, — Entendez-vous là bas. — Ce noble cri de guerre, — Soldats! (ter.)

Les Prussiens sont là bas. — Et ran plan plan, marchez à grands pas, — Et ran plan plan, redoublez le pas! — Soldats! (bis) — Les Prussiens sont là bas!

Tous les Luxembourgeois — Arborent nos bannières, — Ils élèvent la voix — Pour implorer leurs frères, — Soldats! (etc.)

Les lâches, les jaloux — Veulent qu'on nous immole, — Mais Dumortier, pour nous, — A donné sa parole. — Soldats! (etc.)

Allons, c'est trop longtemps — Dormir sur vos gibernes, — Armez vous jusqu'aux dents, — Sortez de vos casernes. — Soldats! (etc.)

Des étrangers railleurs — Veulent courber vos têtes, — Vous porterez les leurs — Au bout des bajonnettes. — Soldats! (etc.)

La France est près de vous — Qui s'ébranle et regarde, — Comment portent les coups — De sa jeune avantgarde. — Soldats! (ter.)

Les Prussiens sont là bas! — Et ran plan plan, marchez à grand pas, — Et ran plan plan, redoublez le pas! — Soldats! (bis) — Les Prussiens sont là bas!

Lüttich, 13ten Abends. Die Société générale von Brüssel wird die Etablissements Cockerills zu Seraing und hier selbst übernehmen, die anderen wird sie verkaufen und die Gläubiger befriedigen. (E. Ztg.)

Die Bilanz des Banquiers Bellefroid, welcher eben so, wie Herr Cockerill, um ein Moratorium eingekommen ist, bietet ein Aktivum von 4,213,323 Fr. 58 C. und ein Passivum von 3,788,817 Fr. 32 C. dar.

Elberfeld, 15. Febr. Es sind heute Nachmittag hier Briefe aus Brüssel eingetroffen, nach welchen man dort Unruhen entgegen sieht. Durch die bekannte Lähmung der Fabriken sind viele Arbeiter brodtlos geworden. Auch soll viel fremdes Gesindel in Brüssel einwandern. Das Belgische Ministerium, heißt es, sei in großer Verlegenheit, auf welche Weise dasselbe den Kammern den Beschluß der Londoner Konferenz in Betreff der 24 Artikel vorlegen will.

(Preuß. St. Ztg.)

Die Preussische Staats-Zeitung theilt auch folgende telegraphische Nachricht mit: Brüssel, 17. Febr. Der Commerce Belge enthält: „Es ist jetzt entschieden, daß die Minister Dienstag den 19. den Traktat den Kammern zur Annahme vorlegen werden.“

### Schweiz.

Wallis, 2. Februar. Der furchtbare Orkan, welcher am 10ten und 11. Januar auf dem Simplon einen solchen Schrecken verursachte, war nur eine leichte Vorbedeutung eines noch viel furchtbareren, welcher seine Wuth am 21ten 22ten und 23. Januar aufs Höchste steigerte. Das arme Dorf Simplon war vorzugsweise der Wuth des Nordwindes ausgesetzt; die mit starken Nägeln auf die Dächer befestigten Ziegeln wurden losgerissen, und in eine Entfernung von 7 bis 8 Minuten geschleudert, die Bäume wurden entwurzelt, und weithingezogen, der Wind, der sich mit furchtbarem Heulen in den Fenstern des Kirchthurmes fing, brachte alle Glocken in Bewegung, und läutete selbst Sturm. Beim ersten Glockenschlag kamen alle Einwohner aus ihren Häusern, mit Eimern und andern Löschgeräth, um der Feuerbrunst, welche glücklicherweise nicht existirte, Einhalt zu thun. Niemand wagte sich zur Beseitigung des Sturmläutens in den Thurm, aus Furcht unter seinen Trümmern begraben zu werden. In Genf hat sich das Gerücht verbreitet, das Hospiz des St. Bernhard sei von einer Räuberbande überfallen worden, die gastfreundlichen Brüder haben aber mit Hilfe ihrer großen Hunde den Angriff abgeschlagen.

### Italien.

Rom, 7. Januar. Das Diario vom 5ten, indem es der Seelenmesse erwähnt, welche der indische Fürst Oberst David Sombre für seine Mutter vom heiligen Vater lesen ließ (er hat da-

für eine sehr große Summe aus dem Nachlaß der Verstorbenen bewilligt) nennt ihn den wahren Erben aller bürgerlichen und moralischen Tugenden, welche seine Mutter, die ehemalige Souverainin von Sirdanah besaß, unter welchen ganz besonders die heisse und aufrichtige Anhänglichkeit an die wahre Religion und an deren obersten Geschäftsführer hervorleuchtete. Ob man den Italiänern oder den Engländern glauben darf, welche erzählen, daß die Begum Sombre eine Sklavin, auf die sie eifersüchtig war, lebendig begraben und ihr eigenes Lager über dessen Grabe bereiten ließ, aus Furcht, daß eine mitleidige Seele das Opfer wieder ausgraben könnte?

### Vokale.

Die Bull.

Die Ankunft dieses, unter allen seit Paganini's Auftreten bekannt gewordenen Violinisten am meisten besprochenen Virtuosen veranlaßt uns, einleitungsweise folgenden Artikel aus dem „Magazin des Auslandes“ mitzutheilen: „Geboren zu Bergen in Norwegen am 5. Februar 1810, zeigte Die Bull schon in seiner ersten Jugend die Spuren des Talents, welches ihn demnächst so berühmt machen sollte. Von einem seiner Verwandten erhielt er als Knabe von 4 Jahren eine kleine Violine geschenkt, worauf er alsbald alle Melodien nachspielte, die er auf der Straße singen oder ableiern hörte. Durch dieses Kinderspiel hatte er bereits in seinem siebenten Jahre eine solche Kenntniß in der Handhabung des Instrumentes erlangt, daß er in den Quartetten von Viebel mitspielen konnte. Dessenungeachtet schien es, als wenn er bald darauf der Kunst, die seines Lebens eigentliche Aufgabe war, auf immer entsagen sollte. Sein Vater bestimmte ihn nämlich zum Studiren, und da man besorgte, daß der Hang zur Musik nur störend dabei einwirken würde, entzog man ihm eine lange Zeit hindurch seine Violine, und er mußte bis zum Jahre 1828 seine Studien auf der Universität zu Christiania fortsetzen. Obgleich ihm die fernere Ausbildung der Musik hierdurch sehr erschwert war, so wurde doch seine Fertigkeit auf der Violine allgemein bekannt. Als daher der Musik-Direktor am Theater zu Christiania eines Tages plötzlich erkrankte, ersuchte man Bull, an jenem Abende seinen Platz einzunehmen. Bull's Triumph war so groß, daß man, als der Musik-Direktor kurz darauf starb, ihn zu seinem Nachfolger ernannte. Jetzt widmete er sich ganz dem Studium der Musik, und da seine Universitäts-Jahre vollendet waren, trieb ihn die Bewunderung von L. Spöhr an, eine Reise nach Cassel zu machen, wo er sich ohne weitere Empfehlung selbst jenem Künstler vorstellte. Dieser soll ihn indeß mit einiger Kälte aufgenommen haben, und sie blieben sich daher fremd. Die Bull aber war darüber so verstimmt, daß er beschloß, der Musik für immer zu entsagen und sich wieder der Jurisprudenz zuzuwenden, weshalb er sich nach Göttingen begab. Hier beschäftigte er sich mit seinen Studien, allein da er erfuhr, daß ein Concert von Dilettanten zum Besten der Armen gegeben werden sollte, wachte die Liebe zur Musik wieder in ihm auf, und er erklärte seinen Wunsch, an der Auf-führung Theil zu nehmen. Das Concert hatte zu Münden statt, und Die Bull erregte darin durch sein Spiel die größte Sensation; indeß ein bei dieser Gelegenheit vorfallender Wortstreit mit einem der Theilnehmer verwickelte ihn in ein Duell, in Folge dessen er Göttingen schnell verlassen mußte. Er befand sich in diesem Augenblicke ohne alle Geldmittel, und nur mit Hilfe einiger guten Freunde gelang es ihm, über Hamburg und Kopenhagen nach Christiania zurückzukehren. Am Abend seiner Ankunft daselbst begab er sich ins Theater; seine Gegenwart wurde bald bekannt und er gleich aufgefordert, seinen alten Platz im Orchester wieder einzunehmen, welches er auch unter allgemeinem und lautem Jubel that. Nun besuchte Bull bald darauf alle größere Städte Norwegens und schiffte sich endlich zu Drontheim wieder nach Bergen ein, nachdem er sich überall hören lassen. Diese Seereise war höchst gefahrvoll und beschwerlich, denn das Schiff gerieth zwischen Treibeis, und die ganze Besatzung wurde mit dem Hungertode bedroht. Vier Leute derselben unterlagen auch wirklich diesem traurigen Schicksal, bis endlich ein milderer Wetter eintrat, das Eis zerbrach und das Schiff an den Ort seiner Bestimmung gelangte. — Nachdem Die Bull während eines Jahres das Orchester zu Bergen dirigirt hatte, begab er sich nach Paris, wo er im Jahre 1832 gerade zu dem Zeitpunkt eintraf, als die Cholera dort am heftigsten wüthete. Er nahm sich ein Privat-Logis und traf, fremd und unbekannt wie er war, die nöthigen Anstalten zu einem Concert. Als er aber eines Tages nach Hause kam, entdeckte er mit Schrecken, daß man sein ganzes Quartier ausgeplündert und ihm Alles, selbst seine Violine, gestohlen hatte. In dieser verzweifeltsten, hoffnungslosen Lage, mit der Französischen Sprache unbekannt und sonst ohne auch nur einen einzigen Bekannten, an den er sich hätte wenden können, faßte er, nachdem er 3 Tage und Nächte trostlos herumgerirt war, den schrecklichen Beschluß, seinem Leben ein Ende zu machen. Einem on dit zufolge ging er früh am Morgen des vierten Tages zum Ufer der Seine und stürzte sich wirklich in den Fluß, ward aber gerettet, da gerade einige dort beschäftigte Wäscherinnen ihn gesehen hatten. Als er wieder zu sich kam und sich von einer großen Menschenmasse umgeben sah, überfiel ihn ein Grauen, verhaftet zu werden; er raffte daher mit einem Male alle seine Kräfte zusammen und rannte fort bis zur Straße St. Martin. Hier sah er sich um, und erblickte an einem Fenster eine Ankündigung von zu vermietenden Zimmern; er klopfte an die

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

\*) Dem Kriegs-Minister Alair ist eine sehr bedeutende Erbschaft zu Lima in Peru zugefallen. Es heißt, Alair habe nun einen zweijährigen Urlaub verlangt, um Besitz von seiner Erbschaft zu nehmen; mittlerweile werde das Kriegs-Departement, wenn ihm bis dahin nicht ein anderer vorgeht, von Don Gerónimo Baldez geführt werden.



In der Schäferel des Dominii Seiffers-  
dorf stehen 60 bis 70 Stück zweijähriges ein-  
schüriges Muttervieh, welche beliebig mit ober-  
ohne Wolle zu laufen sind. Die hiesige  
Heerde befindet sich schon seit einer Reihe  
Jahren in starker Vermehrung, und die Ein-  
schurmwolle galt z. B. im Juni 1837 zu Bres-  
lau 102 Rthlr.  
Seiffersdorf bei Hirschberg,  
den 18. Februar 1839.  
Das Wirthschafts-Amt



